

FDP-Ratsfraktion – Rathenaustr. 16 – 33102 Paderborn

An die Vorsitzende
des Schulausschusses
Petra Tebbe

per E-Mail

Fraktion der Freien
Demokratischen Partei
im Rat der Stadt Paderborn

Alexander Senn
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Rathenaustr. 16
33102 Paderborn

Telefon (0 52 51) 87 11 80
Email: buero@fdp-pb.de
www.fdp-paderborn.de

Antrag auf Erteilung eines Sachstandsberichtes zum „Rechtsanspruch OGS ab 2026“

Paderborn, 27. Mai 2024

Sehr geehrte Frau Tebbe,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf Erteilung eines Sachstandsberichtes auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung:

Für Ende Januar 2024 war von der schwarz-grünen Landesregierung ein Entwurf für ein Ausführungsgesetz angekündigt worden, das die konkrete Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkinder regeln sollte. Doch anstelle einer bereits angekündigten landesrechtlichen Verankerung eines qualitativ hochwertigen Ganztagsangebots hat das Kabinett am 5. März 2024 lediglich ein dreiseitiges Papier mit dem Namen „Fachliche Grundlagen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026“ gebilligt. Seitdem gibt die Landesregierung fortlaufend an, an weiteren „Umsetzungsregelungen“ zu arbeiten. Jedoch gestaltet sie ihre Erklärungen diesbezüglich unzureichend präzise. Weder wurde ein Zeitplan für die Erarbeitung vorgelegt noch dargelegt, welche Verbindlichkeiten hinter den Regelungen stehen sollen.

Kommunen, Schulen und die Trägerlandschaft werden bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs allein gelassen. Die unzureichenden Anweisungen der Landesregierung hinterlassen sowohl bei den ausführenden Kommunen als auch bei den Familien erhebliche Unsicherheit. Bereits jetzt haben viele Träger große Finanzierungsprobleme, die von der Landesregierung nicht ausreichend aufgefangen werden.

Der Beigeordnete und Dezernent Wolfgang Walter hat in vergangenen Sitzungen dieses Gremiums mehrfach darauf hingewiesen, dass uns dieses Thema noch sehr „auf die Füße fallen wird“. Diese Sorge umtreibt auch die FDP-Fraktion.

Auch wenn nach wie vor keine rechtssicheren verbindliche Aussagen seitens der Landesregierung zu den Punkten Raumvorgaben, Personalschlüssel, Gruppengröße, Qualifikationsanforderungen an das Personal, Verpflegung, usw. vorliegen, bitten wir die Verwaltung um einen Sachstandsbericht bei dem unter anderem auf folgende Fragen eingegangen werden sollte:

1. Welche Schulen können den Rechtsanspruch ab 2026 bereits jetzt räumlich erfüllen?
2. Welche Maßnahmen sind bei den Schulen geplant, die diese Voraussetzung noch nicht erfüllen?
3. Gibt es schon Gespräche mit bestehenden und/oder neuen Trägern?
4. Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Verwaltung notwendig, um auch personell den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2026 ff zu erfüllen?
5. Gibt es Überlegungen seitens der Verwaltung, potenzielles Personal zum Stichtag anzuwerben, bzw. aus – oder weiterzubilden?
6. Welche Möglichkeiten bestehen, um ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot für Kinder im Grundschulalter zu schaffen, ohne weitere Vorgaben von der Landesregierung?
7. Welche weiteren Probleme sieht die Verwaltung auf dem Weg bis zum Rechtsanspruch?

Mit freundlichen Grüßen
gez. Alexander Senn